

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit und Soziales

59. Sitzung
13. November 2025

Beginn: 09.03 Uhr
Schluss: 12.48 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Lars Düsterhöft (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird vertreten durch Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) und Frau Staatssekretärin Klapp (SenASGIVA).

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen (Bild und Ton) und eine Aufnahme nachträglich auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird.

Der Vorsitzende gestattet den Medienvertreterinnen und -vertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen nach Artikel 44 Absatz 1, Satz 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 4 Abs. 3 und Abs. 2, Satz 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023.

Dem Ausschuss liegt die Einladung mit Tagesordnung vom 17. Oktober 2025 vor.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Im Vorfeld der Sitzung wurden zwei Fragen schriftlich eingereicht:

- „Was unternimmt der Senat, um das Arbeitgebermodell zu tarifgerechter Bezahlung auch im nächsten Jahr zu finanzieren?“

(Fraktion Die Linke)

- „Wie haben sich die Ausbildungszahlen bei den 10 größten landeseigenen Betrieben im Ausbildungsjahr 2025 insbesondere im Verhältnis zu den Bruttolohnsummen entwickelt?“

(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) beantwortet die Fragen und Nachfragen und sagt bezogen auf die Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu, die Daten für die Jahre 2021-2024 schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Anschließend wird Punkt 1 der Tagesordnung abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) berichtet zu der am 14. November 2025 stattfindenden Internationalen Konferenz zur Fachkräftesicherung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder (siehe Inhaltsprotokoll).

Der Ausschuss schließt Punkt 2 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|--|
| a) | Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2552
Gesetz zur Errichtung eines
Ausbildungsförderungsfonds im Land Berlin | 0284
ArbSoz
BildJugFam
Haupt(f)
WiEnBe |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Stand des Konzepts einer Ausbildungsplatzumlage
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | 0085
ArbSoz |
| c) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Ausbildungsplatzumlage 2026
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0237
ArbSoz |
| d) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Stand des Gesetzesentwurfs zur
Ausbildungsplatzumlage und dessen Umsetzung
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) | 0253
ArbSoz |

- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0254](#)
Auswertung des DGB-Ausbildungsreports für
Berlin-Brandenburg
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) ArbSoz
- f) Antrag der Fraktion Die Linke [0272](#)
Drucksache 19/2510 ArbSoz
Ausbildungskrise beenden –
Ausbildungsplatzumlage sofort einführen! Haupt
- g) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0283](#)
Mit der solidarischen Ausbildungsplatzumlage
raus aus der Ausbildungskrise ArbSoz
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung zu 3 a) bis g)

Zu diesem Punkt der Tagesordnung sind die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie, des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe sowie des Hauptausschusses hinzugeladen. Die anwesenden Mitglieder erhalten das Rederecht gemäß § 25 Abs. 6 GO Abghs.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zu dem Tagesordnungspunkt 3 a) ein Änderungsantrag (Anlage) der Fraktion Die Linke zum Antrag – Drucksache 19/2552 – eingereicht wurde, welcher den Mitgliedern des Ausschusses am 12. November 2025 per E-Mail übermittelt wurde und als Tischvorlage vorliegt.

Außerdem liegt zu Punkt 3 a) der Tagesordnung eine Stellungnahme der Senatsverwaltung vor, die den Mitgliedern des Ausschusses ebenfalls am 12. November 2025 per E-Mail übermittelt wurde.

Die Mitglieder des Ausschusses verständigen sich einvernehmlich auf die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden einigen sich die Mitglieder des Ausschusses darauf, die Besprechungspunkte zu TOP 3 in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen zu begründen, wobei der Fraktion der SPD der Vortritt gewährt wird.

Herr Abg. Meyer (SPD) und Herr Abg. Prof. Dr. Pätzold (CDU) begründen den Antrag zu Tagesordnungspunkt 3 a) für die antragstellenden Fraktionen.

Frau Abg. Wojahn (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu den Tagesordnungspunkten 3 b), c) und g).

Herr Abg. Valgolio (LINKE) begründet den Besprechungsbedarf zu den Tagesordnungspunkten 3 b), d), e), f) und g) sowie den Änderungsantrag zum Antrag – Drucksache 19/2552 –

Es werden angehört und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Staatsrat Dr. Gunnar Isenberg, Staatsrat für Arbeit bei der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration der Freien Hansestadt Bremen (digitale Teilnahme)
- Frau Christine Heydrich, Geschäftsführerin der Sozialkasse des Berliner Baugewerbes
- Herr Sasha König, Vorsitzender der Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung Land Berlin
- Herr Christian Schenke, VBUW Lebensmittel und Gastronomie e. V.
- Frau Manja Schreiner, Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer zu Berlin
- Frau Nele Tehen, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bezirk Berlin-Brandenburg

Im Rahmen der Aussprache nimmt Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) Stellung und beantwortet gemeinsam mit Herrn Fischer (SenASGIVA) Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss an die Aussprache beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Punkte 3 a) bis g) sowie den Änderungsantrag zum Antrag – Drucksache 19/2552 – zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2624

**Drittes Gesetz zur Änderung des
Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes Berlin
sowie weiterer Gesetze**

[0277](#)
ArbSoz(f)
BildJugFam*
GesPfleg*

Der Vorsitzende weist vorab darauf hin, dass dem Ausschuss zu Punkt 4 die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung und die Stellungnahme des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie vorliegt und beide Ausschüsse einstimmig mit allen Fraktionen die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2624, empfehlen.

Sodann beschließt der Ausschuss ohne weitere Aussprache wie folgt:

- Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2624 – wird angenommen.

(einstimmig mit allen Fraktionen)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (60.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 27. November 2025, 9.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Lars Düsterhöft

Lisa Knack

Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus von Berlin, 11.11.2025

Änderungsantrag

der Faktion Die Linke zum

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Drucksache 19/2552

Gesetz zur Errichtung eines Ausbildungsförderungsfonds im Land Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 19/2552 – wird wie folgt geändert:

1. In § 6 Abs. 2 wird im Satz 5 „darf“ durch „soll“ ersetzt.
2. In § 7 Abs. 3 wird der Satz 3 durch folgenden Satz ersetzt: „Die Pauschale soll der Höhe der tatsächlich von dem Arbeitgeber gezahlten Ausbildungsvergütung in dem jeweiligen Jahr entsprechen.“

Begründung:

Durch die Erstattung der tatsächlich gezahlten Ausbildungsvergütung werden diejenigen Arbeitgeber*innen belohnt, die eine höhere Ausbildungsvergütung zahlen. So wird auch ein Anreiz geschaffen, eine höhere bzw. tarifliche Ausbildungsvergütung zu zahlen, so dass die Berufsausbildung insgesamt attraktiver wird. Wird hingegen allen Arbeitgebern derselbe Durchschnittsbetrag erstattet, profitieren solche Unternehmen, die eine unterdurchschnittliche Ausbildungsvergütung zahlen.

Valgolio
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke